

16.9.2008

AufDraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!



LANDTAGSWAHL IN BAYERN:

Gegen die Zerschlagung unserer Rechte! Keine Stimme den Rechten - von NPD bis CSU!



Wirtschaftswissenschaftler einer Technischen Universität haben uns gerade wieder vorgerechnet, dass das Arbeitslosengeld II sogar noch gekürzt werden kann. Schließlich, so das Ergebnis ihrer sogenannten Wissenschaft, könnten Hartz-IV Empfänger von 132 Euro im Monat leben, sie dürften halt nicht rauchen, trinken und auch nicht telefonieren. Essen dürfen sie offensichtlich auch nur ab und zu, denn regelmäßige Mahlzeiten sind bei 4,40 Euro täglich nicht drin. Solch Menschen verachtender Zynismus ist Ausdruck einer Gesellschaft, in der der Profit der Konzerne (und nicht zu vergessen, damit verbunden auch das äußerst luxuriöse Wohlergehen ihrer Besitzer und Helfershelfer) der Maßstab aller Dinge ist. Er muss

Ein Narr will wieder Ministerpräsident in Bayern werden.

vermehrt und verteidigt werden, nach Innen und nach Außen.

Wer nur Verelendung und Krieg zu bieten hat...

Das steckt dahinter, wenn „Deutsche Interessen“ überall auf der Welt wieder zunehmend mit Militärstiefeln gegen die Konkurrenz und die Völker durchgesetzt werden sollen - das Interesse an Einfluss, an Absatzmärkten, Rohstoffen, an sicheren Zugangs- und Transportwegen. Das ist der Kern der immer schärfer werdenden Angriffe auf die Lebensbedingungen der Arbeiter im Lande. Sie sollen immer billiger arbeiten. Sind sie überflüssig für die Profitmaximierung, weil sie aufgrund des technischen Fortschritts und der Intensivierung der Arbeit viel mehr herstellen können, als die Kapitalisten gewinnbrin-

Fortsetzung auf Seite 2

DRUCKERWERK OCÉ POING

Bewährte Methoden

In der Personalabteilung gibt man sich ganz sicher. Den Part des fünften Punkts im laufenden Strukturanpassungsprogramm, nach dem bis zum 30. September an die 80 Auflösungsverträge

die Hälfte der anvisierten 12-Millionen-Einsparung erbringen sollen, wird man problemlos und termingerechtere erreichen. Wir berichteten in der letzten ~~AufDraht~~ von der Zusicherung des Personalleiters, dass es dabei ganz fair zugehen würde. Altbewährte Methoden des „Fair Play“ haben schon immer genug Wirkung gezeigt, so zuletzt in Poing 1993 und 2002.

Gut die Hälfte hat man schon im Sack. Die Altersteilzeit-Kandidaten hat man schon durch. Jetzt müssen es noch mehr unter der Altersgrenze werden.

Beispielsweise ist es zweifellos nur fair, den lieben Mitarbeiter, der keiner mehr sein soll, zu Personalgesprächen mit höheren Vorgesetzten, zum Beispiel Hauptgruppenleitern, zu holen. Da werden sie

umfassend und wenn nötig mehrfach darüber informiert, dass sie beim weiteren Verbleiben in der Firma demnächst als Minderleister, Abzuggruppierender oder nicht mehr Übertariflicher dastehen würden. Oder auf einer Entlassungsliste, dann ohne Abfindung, nach Ablauf des Ergänzungsstarifvertrages in 2009, der betriebsbedingte Kündigungen ausschließt.

Wäre gut möglich, etwa vor Abschluss eines neuen solchen Vertrags ohne Kündigungshemmende Klauseln, wenn die geschäftliche Lage dann noch schlecht genug ist. Schon wird lautstark gemunkelt, 200 zu viel seien es nach dem 30. September immer noch. Wo sich kein entgegenstehender Wille formiert, wird ein Weg sein.

Wer aber nicht Amboss ohne Ende sein will, lässt ein Betriebsratsmitglied nach seiner Wahl an derartigen „Gesprächen“ teilnehmen und tritt am besten spätestens jetzt der Gewerkschaft bei. Ist ja nur normal.

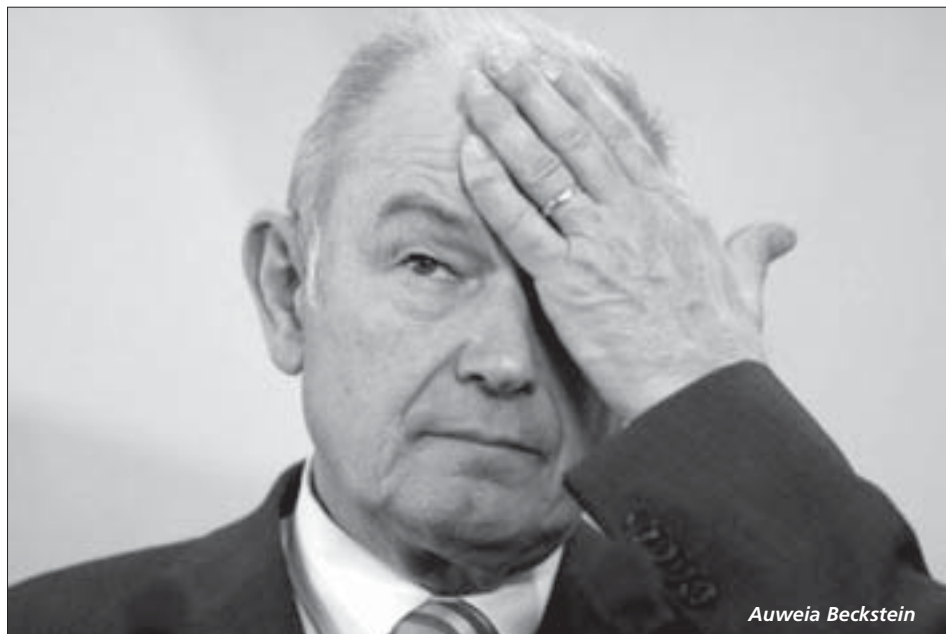
Oml

In dieser Ausgabe:

250 Jahre MAN: ein Viertel Jahrtausend Profitmaximierung 3

Siemens: Einigung über Jobvernichtung 3

Was haben deutsche Truppen in **Afghanistan** zu suchen? 5



Auweia Beckstein

Fortsetzung von Seite 1

Gegen die Zerschlagung unserer Rechte! Keine Stimme den Rechten - von NPD bis CSU!

gend verkaufen können, sollen sie möglichst wenig Kosten verursachen. Die Herrschenden brauchen die Arbeiter nur zur Schaffung und Mehrung ihres Profits oder, wie die Werbung in den Schulen zeigt, zunehmend als Soldaten. Da sollen sie dann im Ausland für Profit und Vaterland ihren Kopf hinhalten. Ansonsten sind sie nur unnütze Esser, Kostenfaktoren.

... braucht unsere Rechtlosigkeit

Bürgerliche Rechte und Freiheiten sind da zunehmend hinderlich. Staatliche Kontrolle und Zwang nehmen ihren Platz ein. Die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes: Diese steht jetzt schon meist nur auf dem Papier. Wirtschaftsminister Glos, CSU, will sie denn gleich ganz abschaffen. Sein Ministerium empfiehlt Arbeitspflicht für alle Hartz-IV Empfänger (siehe Kasten). Zuletzt gab es die während des Faschismus. Das Recht auf von staatlichen Stellen ungestörte Kommunikation: Durch die sog. Anti-Terror-Gesetze weitgehend außer Kraft gesetzt. Das Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit: Die CSU hat das Versammlungsrecht trotz vielfältiger Proteste in Bayern gerade bis zur Unkenntlichkeit zurecht gestutzt. Um faschistischen Umtrieben Einhalt zu gebieten - behauptet sie. Die Faschisten wollen die Zerschlagung der gesamten bürgerlichen Demokratie und dem soll mit Zerschlagung der demokratischen Rechte Einhalt geboten werden? Was für eine Heuchelei! Die strikte Trennung von Polizei und Militär, Bestandteil des Grundgesetzes als Konsequenz aus den Erfahrungen während des Faschismus: Die CDU/CSU-Fraktion will sie aufheben und fordert den Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Gegen Terroristen, so die Begründung. Eingesetzt wurden bereits gegen geltendes Recht Tornados und Soldaten zur Über-

wachung der Demonstranten gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Sommer 2007. Sind nun schon Demonstranten Terroristen? Kein Einsatz der Bundeswehr ohne Parlamentsentscheidung, ebenfalls eine Konsequenz aus dem Faschismus und im Grundgesetz festgelegt: Die CDU/CSU-Fraktion will auch das ändern und einen Nationalen Sicherheitsrat einrichten. Der soll dann am Parlament vorbei entscheiden, wann und wo die Bundeswehr eingesetzt wird - weltweit, wie im Inneren. Auch wenn die große Mehrheit der Abgeordneten bisher brav jeden Einsatz abgenickt haben, könnte sich das ja schließlich ändern. Die Herrschaften wollen möglichst jede Störung, jeden Widerstand ausschalten, noch bevor er überhaupt aufflammt. Die CSU, auf Bundesebene gemeinsam mit der CDU, treibt dieses Programm Schritt für Schritt voran.

Die Wahl, die wir haben

Nun werden wir wieder einmal zur Wahl gerufen. Alle paar Jahre unser Kreuz machen, das dürfen wir noch, sofern wir deutsche Staatsbürger sind (Millionen dürfen also auch das nicht). Dass wir damit nichts grundlegend ändern können an den herrschenden Verhältnissen, das zeigt die Erfahrung. Und doch muss jeder zur Wahl gehen und sein Kreuz gegen Rechts setzen. Es ist ein Unterschied, ob die NPD in das Parlament kommt und das als Bühne für ihre faschistischen Parolen nutzen kann oder nicht. Ob die CSU weiterhin mit ihrer Stärke prahlen kann oder durch herbe Stimmenverluste geschwächt wird. Wirklich in den Arm fallen können wir den Herrschaften nur, wenn wir kämpfen. Auf der Straße, in den Betrieben. Für unser Auskommen, für unsere Rechte, gegen Faschismus und Krieg. Das ist letztendlich die einzige Wahl, die wir haben. gr

Glos will Zwangsdienst

Ein Gutachten für das von Michael Glos (CSU) geführte Wirtschaftsministerium empfiehlt Arbeitspflicht für alle Empfänger von Hartz-IV. „Jeder Erwerbslose müsste einer regulären Beschäftigung oder einer öffentlich bereitgestellten Arbeit - in Art der Ein-Euro-Jobs - nachgehen, sonst würde er keine staatliche Unterstützung mehr bekommen.“ (SZ vom 23. September 2008) Anders ausgedrückt: Arbeitspflicht ohne Bezahlung! Die Ein-Euro-Jobs wären dann überflüssig als auch öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme, wird argumentiert. Wichtig sei es, alle Möglichkeiten, anrechnungsfreie Einkünfte zu erzielen, ersatzlos zu streichen. So ein Programm würde sich auch dämpfend auf das gesamte Lohnniveau auswirken. Wer wisse, dass er ohne Arbeit keine Grundsicherung mehr bekomme, wäre auch bereit, für einen Bruttolohn zu arbeiten, der nicht über Hartz-IV läge. Der Bundesregierung reicht es nicht, dass die Löhne durch Hartz-IV sich längst im freien Fall befinden, wie der Armutsbericht, den sie erstellen ließ, ergab. Nein, sie will dies noch weiter befördern!

Walther Otremba, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, ist begeistert. Zwar sei man sich bewusst, dass jegliche Form von „Zwang zur Arbeit umstritten ist“, aber das sei der beste Weg, die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen. Außerdem sei dieses sog. „Workfare-Konzept ein gutes Gegengewicht zu den Forderungen nach gesetzlichen Mindestlöhnen!

Bei so viel Bemühen um die Verwertung von brachliegender Arbeitskraft, drängt sich der Eindruck auf, dass als nächster Schritt die von der Nazis 1935 eingeführte Arbeitsdienstpflicht folgen wird!

rem



Tausende strömten an diesem heißen 26. Juli auf das Karlsfelder MAN-Gelände. Vorbei an aufpolierten Oldtimern, an einer lärmenden Samba-Band, rein in die Hallen, wo die Kollegen stolz ihre LKW-Linie vorführten. Ganze Familien waren gekommen, um zu sehen, was ihr Sercan, ihr Costa die ganze Schicht lang zusammenschrauben. Und Mittag dann ins überfüllte Bierzelt, um die Bons gegen üppiges Essen und Trinken einzutauschen. Aber wer zahlt die Zeche?

Wer denkt bei Schweinsbraten und Bier schon an den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, an die tägliche Ausbeutung, die die auf dem Gelände gestapelten Werte schafft?

Ausgestattet mit Shirts und Kappen, werden die Jubelgäste zu Multiplikatoren, die das Werbekonzept „MAN das sind wir!“ raustragen. Millionen Euro sind in diesem Fest also gut angelegt. LKW als Rennsemmeln mit 1.500 PS, LKW für die Wüstenrallye Dakar, eine Flughafen-



Die Country Lady fordert zum Kreischen auf, die Bosse hampeln

250 JAHRE MAN

Ein Viertel Jahrtausend Profitmaximierung

feuerwehr, 147 km/h schnell, sollen Technikbegeisterung wecken. Das Klassenbewusstsein wird eh zugeschüttet mit exotischen Cocktails (3 Bons). Was da geboten wurde mit sagenhaftem Aufwand - man kann nicht mäkeln. Oder doch?

Auf der Riesen-Showbühne hampeln die Bosse zu den Rhythmen einer Country Band. Weinmann, Vorstand Nutzfahrzeu-

ge, schwingt die Schellen und Schaller, Technikchef, klatscht den Takt. Die Vertreter des Kapitals haben wahrlich Grund zum Feiern: unbezahlte Arbeitsstunden vereinbart, Lohnkürzung durch Einführung des ERA glatt über die Bühne gegangen, die Leiharbeiter werden immer mehr, das LKW-Geschäft boomt, die Gewinne explodieren.

Sercan, Costa und Tausende andere, von den Kumpels in der Gute-Hoffnung-Hütte vor 250 Jahren bis zu den Schraubern am Band in der Halle F, sie haben den Spektakel bezahlt. Aus ihren Knochen kam alles, vom Schweinswürstel bis zum Riesenkran. Sie müssen sich dessen nur bewußt werden, dann werden sie Weinmann und Co. zum Tanzen bringen. *krr*

Verdächtig schnell einigten sich Siemens, Gesamtbetriebsrat und IG Metall über die Folgen des von der Geschäftsleitung angekündigten Konzernumbaus. Siemens will in den kommenden drei Jahren 1,2 Milliarden Euro einsparen und will deshalb weltweit 18.000 Arbeitsplätze vernichten, davon in Deutschland 5.250. Die Belegschaft bezahlt damit für den Schmiergeldskandal und die daraus folgenden Auflagen der US-Börsenaufsicht SEC sowie für die gesteigerten Renditeziele der Geschäftsleitung.

Während selbst die SZ kritisch „FC Eintracht Siemens“ titelte, lobte Rolf Heckmann, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats, Siemens-Chef Löscher für seine „soziale Verantwortung“. Der immense Arbeitsplatzabbau geschehe „sozialverträglich“. Dabei ist Siemens von seinen ursprünglichen Zielen nicht abgerückt. Statt betriebsbedingter Kündigungen wird der Konzern nun „freiwillige Vertragsauflösungen“ anpeilen, freie Stellen nicht wieder besetzen und Altersteilzeit anbieten. Dass der „Freiwilligkeit“ mit Mobbing, Versetzungsandrohungen oder anderen Druck-

SIEMENS:

Einigung über Jobvernichtung

mitteln nachgeholfen werden kann, hat sich längst in andern Betrieben gezeigt, und selbst Altersteilzeit kann sich nicht jeder leisten. Auch die angekündigte Transfergesellschaft, die Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen werden nur einem Teil der Kollegen helfen können, für die Masse bedeuten sie einen verzögerten Übergang in die Arbeitslosigkeit oder in Niedriglohnjobs.

Der Verzicht auf die Schließung ganzer Werke bis 2010 hat einen äußerst bitteren Beigeschmack: er gilt nämlich nur für deutsche Standorte! Die Weiterführung des Verkehrsbereichs „Mobility“ (natürlich auch mit größerem Stellenabbau) wird mit der Schließung der Prager Zugfertigung mit 950 Beschäftigten erkauf!

Wut und Empörung

Deshalb reagierten viele Kolleginnen und Kollegen vor allem in Prag, Krefeld und Erlangen, wo es zu den größten Job-

vernichtungen kommen soll, mit Wut und Empörung, als die IG Metall kurzfristig einen europaweiten Protesttag absagte. Dieser war vom Europäischen Gewerkschaftsbund mit Mitgliedern des Europäischen Betriebsrats und der betroffenen Gewerkschaften geplant worden. Das hätte einen bedeutenden Fortschritt in der internationalen Zusammenarbeit der Siemens-Belegschaften bedeutet und sicherlich bessere Ergebnisse gebracht. Gerade ein weltweiter Konzern wie Siemens muss mit internationaler Solidarität bekämpft werden.

Nur mit Kampfaktionen ist auch die Organisierung bei der Gewerkschaft, die bei Siemens nach wie vor zu gering ist, zu verbessern. Gerade aktive Gewerkschafter waren enttäuscht und wütend. Für ein Linsengericht haben die Führungsspitze der IG Metall und der Gesamtbetriebsrat diese Chancen verkauft. *rem*

Nimmersatt Siemens

Hunderte Millionen Schmier- und Bestechungsgelder, über 50 Millionen für die Schaffung und Tätigkeit einer arbeiterfeindlichen Organisation (AUB), Milliardengewinne auf der einen Seite, 18.000 Entlassungen, weitere Angst und Sorge um den Arbeitsplatz auf Seiten der Arbeiter und Angestellten. So sieht sie aus, die Siemens-Familie. Und jetzt will Raffzahn Siemens sogar den eigenen Mietern an den Kragen. Herr Löscher will die rund 6.000 Werkwohnungen en bloc an einen Großinvestor verkaufen (in Erlangen mit 2.300 Wohnungen spricht man über eine Verkaufspreis von 300 Millionen). Siemens schert sich den Teufel um die meist älteren, langjährigen Mieter, die den Versetzungswünschen des Konzerns aus anderen Standorten auch wegen einer Werkwohnung folgten. In München geht es um 1.000 Wohnungen an der Boschetsrieder Straße, andere Wohnungen liegen in den Standorten Bruchsal und Karlsruhe. Doch die Mieter wehren sich. Mieterversamm-

lungen waren der Anfang. Denn trotz Be-
teuerungen der Siemens Konzernspitze,
„der Bestand der einzelnen Mietverhält-
nisse soll vom Verkauf nicht betroffen
sein“, befürchten die Mieter zu Recht ri-
gorose Mieterhöhungen durch Luxussanie-
rungen etc. sowie den späteren Verkauf
einzelner Wohnungen – zunächst an die
Mieter, später an Meistbietende, wodurch
auch der Mietwohnungsbestand sich redu-
ziert. Mietersprecher und die IG Metall in
Erlangen pochen auf die Fürsorgepflicht
von Siemens. Sie sammelt Unterstützerun-
terschriften. Auch in München sollte der
DGB und alle Einzelgewerkschaften sol-
che Listen im Gewerkschaftshaus und in
den Betrieben auslegen. Vor allem aber
geht es darum, Protestaktionen vor dem
Siemens Verwaltungsgebäude zu organisie-
ren und die Forderung um Erhalt der
Werkwohnungen in der Öffentlichkeit
darzulegen und den Konzernherren mit
Herrn Löscher an der Spitze die Familien-
maske herunter zu reißen. *Hans*



Heinrich Zille: Mit einer Wohnung kann man einen Menschen erschlagen wie mit einem Beil.

Mittlerweile Weltkulturerbe: Siemens-Siedlung in Berlin - nun ein Objekt der Spekulation?

„Unrechtsstaat“ China: Neues Arbeitsrecht

In Deutschland wird vergleichsweise wenig gestreikt. In der internationalen Streikstatistik rangieren die deutschen Arbeiter und Angestellten im unteren Drittel (siehe unten).

Anders ist es da in der Volksrepublik China. Publiziert wurden zur Genüge Medallenspiegel, aber kaum die Tatsache, dass die größte Arbeiterschaft der Welt auch die meisten Arbeitskämpfe und die meisten Streiktage in der Welt hat!

Und dass die chinesischen Arbeiter seit Anfang des Jahres auf ein neues Arbeitsrecht pochen können, hat sicher auch mit ihrer Kampfbereitschaft zu tun.

Es besteht Anspruch auf einen festgelegten Lohn, auf geregelte Arbeitszeiten und auf Kranken- und Rentenversicherung. Die Arbeitsbedingungen für Fachkräfte in den multinationalen Unternehmen (halbstaatlich) unterscheiden sich kaum von den westlichen. Nachholbedarf gibt es sicherlich in den Zulieferbetrieben, in der Elektronikfertigung und in der Textil- und Spielwarenindustrie („Sweat-Shops“ gibt es allerdings auch in der BRD!)

Die Gewerkschaften haben flächendeckende Beratungsstellen, etwa für Wanderarbeiter. Dass sich die 800 Millionen chinesischen Kollegen nichts gefallen lassen, zeigen die etwa 100.000 Protestaktionen, die allein im vergangenen Jahr stattgefunden haben.

(Quelle: metall 8/2008)

Schlusslicht BRD

Der arbeitskampfbedingte Ausfall in der BRD hat in den vergangenen zehn Jahren tendenziell zugenommen. Im langfristigen europäischen Vergleich ist Deutschland aber nach wie vor ein sehr streikarmes Land. So ist die Bundesrepublik im Zehnjahres-Vergleich bis 2005 mit 2,4 Streiktage je 1.000 Beschäftigte und Jahr unter den größeren europäischen Ländern mit Abstand das streikärmste Land. Sogar in der Schweiz ist in diesem Zeitraum mehr gestreikt worden. An der Spitze liegt Spanien mit 145 Streiktage, gefolgt von Italien mit 86,8 Tagen. In Frankreich waren es 71,5 Tage. In Großbritannien waren es 23,6 und in den Niederlanden immer noch 7,8 Arbeitstage.

(Zahlen aus www.welt.de 2/2007)

Kurz & bündig

Streiken statt betteln

Die Beschäftigten der Vacuumschmelze (Hanau) sind seit 11. September im Streik, um die Rückkehr des Unternehmers in den Flächentarifvertrag zu erzwingen. Der will die Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 40 Stunden erhöhen und die Lohnerhöhungen bis 2011 aussetzen. Die 400 Arbeiter der Nachtschicht legten um 5 Uhr die Arbeit nieder. Im Laufe des Tages sollten sich noch bis zu 1.000 Beschäftigte an dem Streik beteiligen. Streikposten blockierten die Werkstore und ließen nur einen Notdienst passieren.

Die Kampfbereitschaft wurde schon im August in Warnstreiks und Demonstrationen sichtbar. Binnen weniger Wochen konnte die Gewerkschaft im Betrieb über 300 neue Mitglieder gewinnen. Damit sind offenkundig auch die gezielten Versuche des Managements fehlgeschlagen, der Belegschaft das Streiken auszureden.



IG Metall fordert 8 Prozent

Die Kapitalisten heulten wieder mal auf. Das sei die höchste Forderung seit den 90er Jahren. Aber Achtung Kollegen: ein neuer Tarifvertrag zur Altersteilzeit wurde im August beschlossen. Er tritt am 1. Januar 2010 in Kraft und sieht eine Kompensation von 0,4 Prozent in den folgenden Tarifrunden vor. Damit sollt ihr eure Altersteilzeit finanzieren.

In den nächsten Tarifrunden könnt ihr immer schon mal 0,4 Prozent abziehen. Es gilt in dieser Tarifrunde, alles rauszuholen, was geht! Die Friedenspflicht endet am 1. November 2008.

AufDraht

Herausgeber:
**DKP München und
Gruppe KAZ München**

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Bernd Bücking
Hofangerstr. 171 • 81735 München

Druck: Eigendruck im Selbstverlag
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de



Was haben deutsche Truppen in Afghanistan verloren?

Diese Frage können etwa 70 Prozent der Bevölkerung nicht positiv beantworten, sie lehnen den Krieg dort ab. Die Lügen von angeblicher Stabilisierung der Demokratie, Sicherung des Wiederaufbaus, Verteidigung von Menschenrechten, insbesondere der Rechte von Frauen, verlangen nicht mehr. Hilfsorganisationen kritisieren heftig die Kampfhandlungen, die ihre Arbeit nur behindern und diskreditieren. Die Menschen sehen den Widerspruch, dass von zivilen Projekten geredet

wird, dass aber Panzer und Flugzeuge geschickt werden. Seit der US-Intervention im Oktober 2001 gab es auf afghanischer Seite schätzungsweise 50.000 Tote, vor allem bei der Zivilbevölkerung. Versprochen wurden den Menschen blühende Landschaften. Bekommen haben sie verbrannte Erde. Es blüht nur noch der Mohn.

Immer mehr Militärs sehen außerdem, wie aussichtslos der Kampf ist, der immer mehr Gelder verschlingt. „Das hat schon Alexander der Große versucht und ist gescheitert.“ (General a. D. Klaus Reinhardt).

Warum also fordert die US-Regierung immer mehr Nachschub und warum wird das deutsche Truppenkontingent immer weiter aufgestockt?

Vor allem die geostrategische Lage Afghanistans macht das Land für fremde Mächte so interessant. Es liegt zwischen den kaspischen Staaten und Iran mit ihren riesigen Öl- und Gasvorkommen und Indien, China und Pakistan mit dem Zugang zum Meer. Wer sich dort festsetzt, kann die Region kontrollieren. Doch die Pipeline von Turkmenistan nach Pakistan, die seit Jahren geplant ist, kann nicht gebaut werden, so lange dort gekämpft wird.

Gier nach Rohstoffen

Der Zugang zu Rohstoffen, vor allem zum Öl, entscheidet heute über die moderne Produktion aller Industriestaaten. Die Konkurrenz um diese Rohstoffe wird immer größer, seitdem auch Staaten wie

Indien, China und Brasilien bei der industriellen Fertigung aufholen.

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1994 und das Weißbuch der Bundeswehr von 2006 sagen es ganz offen: Es geht nicht mehr um die Verteidigung der BRD gegen einen äußeren Feind, sondern um die militärische Absicherung der Handelsströme unter den herrschenden Bedingungen der Vormacht der Imperialisten. Ein direkter Einmarsch, ein Krieg für Öl wie beim Irak-Einsatz der USA ist eher die Ausnahme. Schon im Vorfeld soll nach Möglichkeit die Dominanz der Großmächte gesichert werden.

Dabei geht es nicht um die Belange der Bevölkerung, weder der in Afghanistan noch der in den kriegführenden Staaten. Die Menschen in Afghanistan haben natürlich den größten Schaden. Sie werden bombardiert und leben immer noch in Ruinen. Ihr Land wird immer weiter zerstört. Einheimische Produkte werden verdrängt, Produktion und Handel kommen nicht in Gang. Aber weder in den USA, noch in Großbritannien oder in Deutschland hat die Mehrheit der Bevölkerung Interesse am Krieg. Sie bezahlt mit Steuergeldern und toten, verletzten und traumatisierten Soldaten. Es geht allein um die Profitinteressen der großen Konzerne.

Afghanistans Unglück ist also seine Lage im Herzen Asiens. Dies macht es

Fortsetzung auf Seite 6

Aufdrähl-Quiz

Die Ministerin für Gesundheit Ulla Schmidt (SPD) plant, erwerbslose Kollegen abzukommandieren, und zwar zur Pflege von:

- A: invaliden Bundeswehresoldaten aus dem aktuellen Rußlandfeldzug
- B: Bankkonten superreicher VIP-Kunden, persönliche Betreuung inklusive
- C: an Demenz leidenden Heimbewohnern
- D: denkmalgeschützten Reichsautobahnabschnitten

Auflösung auf Seite 7



Martin Baraki, Afghanistan-Experte, schlägt folgende Lösung des Konflikts vor:

„Dass die Besatzervariante gescheitert ist, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Der Afghanistan-Konflikt wird niemals militärisch gelöst werden. Es gibt eine einzige zivile Lösung: Es muss ein politischer Rahmen geschaffen werden. In diesem wird eine unabhängige, demokratisch kontrollierte Versammlung einberufen, die eine provisorische Regierung bildet. Diese bereitet Wahlen vor, die nicht durch die Besatzungsmächte kontrolliert werden. Vielmehr werden sie getragen von Organisationen, die nicht an der Misere in Afghanistan beteiligt sind – nicht-paktgebundene Staaten beispielsweise, Frauen- und Friedensorganisationen, islamische Staaten.“ (Junge Welt v. 5. September 2007)

Fortsetzung von Seite 5

Was haben deutsche Truppen in Afghanistan verloren?

auch für strategische Interessen der Großmächte so interessant. Ein Militärstützpunkt kann von hier aus im Norden Russland, im Osten China und im Süden Indien und Pakistan bequem erreichen. So wurde das Land auch schon mit einem unsinkbaren Flugzeugträger verglichen.

Bei all diesen Interessen will die Bundesregierung das Feld nicht allein den USA überlassen. Nur wer im Krieg dabei ist, spielt bei der Neuverteilung der Welt eine Rolle.

Wir aber wollen mit den Völkern der Welt friedlich zusammenleben! Deshalb deutsche Truppen raus aus Afghanistan!

rem

Wir fahren mit 2 Bussen von München nach Stuttgart

Abfahrt: 8.00 Uhr
EineWeltHaus, Schwanthalerstr. 80
Rückfahrt: ca. 16.00 Uhr

Fahrkosten:
normal: 20 Euro/ermäßigt 10 Euro
Buskartenbestellung:
Tel. 089/169519, Fax 089/1689415
C. Schreer
eMail: friedensbuero@muenchner-friedensbuendnis.de

Die DKP im Internet:
www.dkp-muenchen.de

Nein zu Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz



**TRUPPEN RAUS
AUS AFGHANISTAN**

www.afghanistandemo.de

20.9.2008
DEMONSTRATION
BERLIN STUTTGART

12 Uhr Auftakt Brandenburger Tor
14 Uhr Abschluss Gendarmenmarkt

12 Uhr Auftakt Lautenschlagerstr. (gegenüber Hof)
14 Uhr Abschluss Schlossplatz

Der weg- und abgetretene Vorsitzende der SPD Kurt Beck ließ Ansätze der Unbotmäßigkeit erkennen. Das genügte, um unten durch zu sein. Wie kann man nur mit der Zielsetzung einer partiellen Wieder-Verbesserung des Arbeitslosengeldes I, so auf dem letzten Parteitag gegen Müntefering beschlossen, die schöne Sozialabbau-Agenda 2010 aus Steinmeiers Feder beflecken. Oder auch, statt den hundertfünfzigprozentigen Afghanistankämpfer heraushängen zu lassen, wie Steinmeier das vorbildlich macht, mit den Widerständlern reden wollen. Das ist durch und durch provinziell, denn die auch nur ein wenig zu beschwichtigten, versaut die schöne Argumentation der unbedingt notwendigen Dauerbesetzung dieses besonders strategisch so wertvollen Bergstaates. Wie sollen deutsche Industrie- und Handelsleute der gehobenen Klasse dann noch ihren Anteil an Öl und anderen Rohstoffen kostengünstig erbeuten. Deshalb: „Mit Herrn Steinmeier und Herrn Müntefering arbeiten wir - bei allen Meinungsverschiedenheiten in der Sache - seit langem gut zusammen.“ Das bestätigt ihnen Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, laut Frankfurter Rundschau vom 9.



Steini & Münte: Fanpost von den Bossen

September. Schluckauf, SPD! Oder doch mal den Blick nach links riskieren, wo noch andere sind, deren Interessen nicht die eines Herrn Braun sind und auch nicht seinkönnen? *Oml*

Wirtschaftsinteressen

Schon bald nach dem Beginn des Georgien-Krieges hat sich die deutsche Wirtschaft und ihr Außenvertreter Steinmeier von der Kalten Kriegs-Rhetorik der USA abgesetzt. Stattdessen werden „Konsultationen“ betrieben. Das Handelsblatt spricht von „täglichen Telefonaten mit Moskau“.

Schon beim Nato-Gipfel in Bukarest im Frühjahr haben Deutschland und Frankreich sich gegen eine frühzeitige Aufnahme Georgiens in die Nato ausgesprochen – aus wohlverstandener Eigeninteresse. Um die Vorherrschaft auszubauen, wollten die USA weitere pro-amerikanische Länder in das Bündnis bringen.

Beim Besuch Georgiens Mitte August betonte Merkel im antirussischen Rausch noch, „Georgien wird Mitglied der Nato werden, wenn es das will“ und erntete großes Lob von Rice (USA).

Aus der offiziellen, von der Bundesregierung verbreiteten Mitschrift der Erklärungen Merkels wird jedoch deutlich, daß die Kanzlerin von der deutschen Position beim Nato-Gipfel in Bukarest nicht abgewichen ist. Damals wurde Georgien zwar irgendwann für die Zukunft die Mitgliedschaft im Bündnis zugesichert. Zugleich war seinerzeit aber klargemacht worden, daß der Zeitpunkt für die Mitgliedschaft noch nicht gekommen ist. (JW 20. August 2008)

Nach dem Nato konformen Theaterdonner nahm Merkel auf dem EU Sondergipfel Kaczynski (Polen) zur Brust, dem Büchsenpanzer der Nato in Europa. Die Briten gaben klein bei. Denn Russland ist wichtigster Handelspartner außerhalb der EU, und diese läuft in eine Rezession. 40 Prozent des Gasbedarfs der EU und 33 Prozent des Öls liefert Russland. Merkel musste zurückrudern zugunsten von Energiekonzernen wie z.B. EON, die ihre Wirtschaftsinteressen in Russland bedroht sehen. *krn*

AufDraht-Quiz

Auflösung:

A Nicht doch: Deutsche Soldaten haben erst einmal ein paar andere Länder neu besetzt. An Georgiens Attacke gegen das russlandfreundliche Ossetien unmittelbar beteiligte Deutsche waren Heckler & Koch-Gewehre. Mittelbar aufgerüstet hat die Bundeswehr Georgien, zum Beispiel mit Minenjagdbooten, Arzneimitteln und ihren militärischen Beratern.

B Undenkbare: Wo es statt um Menschen um Akkumulation von Kapital geht, kommt ausschließlich hoch qualifiziertes und finanziell gut motiviertes Personal infrage.

C Richtig. Denn sozial ist, was Kostenneutralität fürs Kapital schafft. So schwachsinnig ist das herrschende System nun mal.

D Halten Sie das für eine gute Idee? Das wäre Traditionspflege (Reichsarbeitsdienst!) und deutsche Denkmalpflege in einem. Das ist für eine SPD-Ministerin, selbst in einer rechtslastigen Regierung, dann aber doch nicht drin.

- Ich will die ~~AufDraht~~ gerne regelmäßig bekommen - bitte schickt mir immer die neue Ausgabe
- Ich will die DKP kennen lernen - bitte schickt mir Informationsmaterial
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen - bitte schickt mir Informationsmaterial

Name/Vorname _____

Tel.: _____

Straße, PLZ und Wohnort _____

Bitte einsenden an: „Auf Draht“ · c/o KommTreff · Holzapfelstr. 3 · 80339 München

LESUNG

mit dem Autor Hansgeorg Hermann (Paris)

KONZERT

mit QUIJOTE (Chemnitz)



Dienstag den 30.9.2008
Oberanger Theater (München)
Beginn um 19:30 Uhr
Einlass ab 19:00 Uhr

neues leben



Seine Biografie
und seine Lieder

Mikis Theodorakis

Der Rhythmus der Freiheit

Autorisierte Biografie von Hansgeorg Hermann

eine Veranstaltung von Verlag Neues Leben in Zusammenarbeit mit

